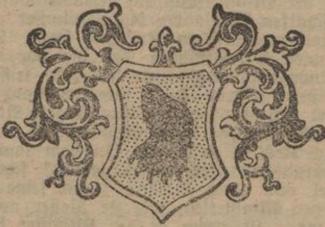


Pulsnitzer Wochenblatt

Samstags- Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postcheck-Konto Leipzig 241 27. Gem.-Giro-R. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerbetriebe hat der Verleger keinen Anspruch auf die Leistung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.35, durch die Post abgeholt M 7.50.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gespaltene Beitzelle (Masse's Zeilenmesser 14) 100 Hg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 85 Hg., im Amtsgerichtsbezirk 70 Hg., Amtliche Zeile M 3.—, 2.50 und 2.10. Reklame M 2.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeiträumender mit tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Ramenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Nienmarchplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 170.

Donnerstag, den 16. Dezember 1920.

72. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Bekanntmachung.

Das Landesfinanzamt Dresden hat auf Grund von § 2 Abs. 2 der vorläufigen Bestimmungen des Reichsfinanzministers über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn vom 28. Juli 1920 (Zentralblatt für das deutsche Reich Seite 1237) für die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, die an Stelle der freien Verpflegung Deputate erhalten, den Wert dieser Naturalbezüge wie folgt festgesetzt:

1 Zentner Kartoffeln	M 20.—
1 Zentner Getreide	M 70.—
1 Eiter Milch	M 1.20
1 Ei	M 1.50
1 Pfund Butter	M 16.—
1 Zentner Stroh	M 10.—

Bei diesen Sätzen handelt es sich um angenommene Mittelpreise, die im ganzen Landesfinanzamtsbezirke gleichmäßig bei der Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn Anwendung zu finden haben. Für die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer sind die Sätze nicht maßgebend.

Die festgesetzten Werte sind vom 1. Januar 1921 ab bei der Ermittlung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn zu berücksichtigen.

Ramenz, am 11. Dezember 1920.

Finanzamt.

Butterverteilung.

Auf Abschnitt I der Landesfettkarte darf einsehachtel Pfund Butter zum Preise von 80 Pfennigen verteilt werden.

Ramenz, am 15. Dezember 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Unter dem Viehbestand des Wirtschaftsbefizers Bruno Mager in Pulsnitz ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

Pulsnitz, den 14. Dezember 1920.

Der Rat der Stadt.

Das Gesamtministerium hat für bedürftige Arbeiterrentenempfänger Mittel zu einer einmaligen Beihilfe zur Verfügung gestellt.

Die Beihilfe wird nur auf Antrag gewährt.

Als bedürftig gilt ein Rentenempfänger, wenn sein Gesamteinkommen den Betrag der Erwerbslosenunterstützung, die ihm im Falle der Erwerbslosigkeit zustehen würde, nicht erreicht. Die Erwerbslosenunterstützung ist nach den Sätzen der Verordnung vom 6. Mai 1920 — die Tagesunterstützung mit 300 vervielfacht — zu berechnen.

Die Beihilfe wird nur Rentenempfängern deutscher Staatsangehörigkeit gewährt, die bereits seit 1. Dezember 1920 in Sachsen wohnen, an Unfallrentner außerdem nur wenn mindestens 50 % Unfallrente bez. Gesamtunfallrente bezogen wird, und an Witwen- und Waisen dann nicht, wenn sie Militärwitwen- oder Waisenrenten oder sonstige militärische Versorgung beziehen.

In Pulsnitz wohnhafte Rentenempfänger werden, falls sie Anspruch auf diese Beihilfe haben, aufgefordert, spätestens aber bis 20. Dezember 1920 im Rathaus, Volkseinkaufsstelle unter Vorlegung ihrer Rentenbescheide und Einkommensnachweise Antrag zu stellen.

Später eingehende Anträge können keinesfalls berücksichtigt werden.

Pulsnitz, am 16. Dezember 1920.

Der Rat der Stadt.

Gegen die säumigen Zahler der fällig gewordenen Staatsarbeitssteuer, Brandkassenbeiträge, Gewerbekammerbeiträge, Gemeindegeldsteuer und Wasserabgaben ist das

Mahn- und Beitreibungsverfahren

eingeleitet worden.

Pulsnitz, am 16. Dezember 1920.

Der Rat der Stadt.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste.

Holland hat die diplomatischen Beziehungen mit Serbien abgebrochen.

Ueber elf Bezirksverwaltungen Böhmens wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Nach dem Bericht Dr. Jaehres verschlechtert sich das Befinden der ehemaligen deutschen Kaiserin zusehends. Die Derzätigkeit läßt nach. Viele Berliner Hotels schließen zum Protest gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ihre Restaurationsbetriebe; die anderen Wirtschaften werden folgen.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist ein Reichsgesetz zur Durchführung der allgemeinen Fortbildungspflicht der Mädchen in Vorbereitung.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich wegen starker Erklärung in ärztliche Behandlung in das Hedwig-Krankenhaus begeben.

Die Novelle zum Einkommensteuergesetz ist im ersten Entwurf zur Vorlage an den Reichsrat fertiggestellt.

Unter den 15 Millionen Europäern, die um Ueberfahrt nach den Vereinigten Staaten nachgesucht haben, befinden sich 3 Millionen Deutsche.

Im Prozeß Prinz-Scheidemann verurteilte das Landgericht den Angeklagten Erich Prinz wegen verurlichter schwerer Urkundenfälschung unter Zuhilfenahme mildernden Umstände zu 6 Monaten Gefängnis. Zwei Monate wurden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Im Reichstage wird, wie verschiedene Blätter berichten, ein besonderer, 3 Mitglieder zählender Beamtenschauschuß gebildet werden, der die Beamtensachen regeln soll.

Aus einer Zusammenstellung des „Berl. Volant.“ ergibt sich, daß allein von der Berliner Universität über drei Dutzend Gelehrte infolge der von der Preussischen Landesversammlung beschlossenen Zwangspensionierung aller Staatsbeamten über 65 Jahre in den Ruhestand zu treten gezwungen sein würden.

Ein großer Teil des Zentrums der irischen Stadt Cork ist am Sonnabend eingekerkert worden.

Wilson fordert das amerikanische Volk auf, 500 000 Dollars aufzubringen, um den Kindern in Zentralasien zu helfen.

Der Schweizer sozialistische Parteitag lehnte mit 380 gegen 213 Stimmen den Eintritt in die 3. Internationale ab, worauf die Parteilinke aus der Partei austrat.

In den letzten Tagen sind in Sachsen 30 Gaswerke stillgelegt worden. Wenn nicht bald Hilfe kommt, werden noch eine ganze Anzahl Städte folgen. Die Versorgung der Großstädte mit Gas ist auch schon gefährdet. In einigen Gaswerken wird bereits Holz vergaselt. Das Dresdener Gaswerk wird voraussichtlich morgen stillgelegt werden.

In der Zwischmühle.

Mit dem durch die Revolution neu geschaffenen Staate stürzen die Regierung und die Volksvertretung fast jeden Tag von einer Verlegenheit und Krisis in die andere, und jeder halbwegs vernünftige Politiker muß sich sagen, daß diese Art der Staatswirtschaft nicht mehr lange so weiter gehen kann. Wenig Wert hat es nun, die vielen Schwierigkeiten und Probleme innerhalb der deutschen Republik im einzelnen zu verfolgen, sondern man muß versuchen, die Ursachen der Uebelstände an der Wurzel zu fassen, und da will es nun scheinen, als wenn sich der heutige Staat deshalb in einer furchtbaren Zwischmühle befinde, weil er auf der einen Seite eine ganz riesige Ueberzahl von Beamten und ein förmliches Ueberwuchern des Bürokratismus aufweist und auf der anderen Seite die Riesentlast der Arbeitslosigkeit zahlreicher Volksgenossen zu tragen hat. Wenn man nun bedenkt, daß der heutige Staat arm wie eine Kirchenmaus ist, ja, mit dem einen Beine schon im Bankrotte steht, so braucht es keiner weiteren Beweise mehr, daß die Ueberzahl der Beamten auf der einen Seite und die Riesentlast der Arbeitslosen auf der anderen Seite allein schon die schwersten Hindernisse für die Gesundung der staatlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse enthalten. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth wird es jedem Reichstagsabgeordneten bestätigen, daß das deutsche Reich unbedingt sofort Bankrott machen muß, wenn alle die riesigen neuen Gehaltsansprüche des Beamtenheeres erfüllt und neue Milliarden dazu aufgewandt werden sollen, welche das Reich gar nicht besitzt. Rechnet man nun auf der anderen Seite dazu, was der Unterhalt der großen Zahl der Arbeitslosen dem Reiche, den Staaten und den Gemeinden täglich kosten, so wird man erkennen, in welcher furchtbaren Lage wir uns finanziell und wirtschaftlich befinden. Dazu kommt, daß jede Gehaltsaufbesserung der Beamten und Angestellten sowie auch der immer weiter gesteigerten Löhne der Arbeiter nicht nur die Steuern immer mehr in die Höhe treiben, sondern auch fortwährend neue Preissteigerungen für alle Bedarfsgegenstände herbeiführen. Von irgend einer Seite aus muß nun aber doch sobald wie möglich eine wirkliche Reformarbeit einsehen, wenn der Staat nicht elend zugrunde gehen und das Volk in einen neuen Abgrund stürzen soll. Das nächste Ziel wäre wohl die Verminderung des riesigen Beamtenheeres, welches sich gegen die Friedenszeit vor dem Kriege fast verdoppelt hat, und ferner erscheinen noch als ganz besonders notwendig die Beseitigung der ewigen Streiks durch ein Schlichtungsgesetz und die Erhöhung der Produktion samt der Verminderung der Arbeitslosigkeit durch die Einführung eines Arbeitsdienstjahres für jeden Deutschen bis zu einem gewissen Alter. Mit Experimenten, wie sie durch die Mission des Sparkommissars Carl versucht worden sind, kommen wir zu keinem wirklichen Erfolge in der schweren Not, denn wir haben ja erfahren, daß der Sparkommissar Präsident Dr. Carl von seinem Amte zurücktreten will, weil er bei der Durchführung

seiner Aufgaben nicht die nötige Unterstützung finden konnte. Ein wirklich fährender und genealer Amtmann, wie es der Freiherr von Stein in der Zeit der Not des deutschen Vaterlandes einst gewesen ist, kann nur noch die Wege der Rettung zeigen, welche die sich nur auf die Parteien stütze und auch von den Parteien abhängige Regierung leider bisher nicht finden konnte.

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Kaninchenausstellung.) In Friedenszeiten wanderten 4 Millionen Goldmark nach Frankreich, Belgien und England, um den einheimischen Bedarf an Kaninchen zu decken. Nach dem heutigen Stande unseres Geldes 40—50 Millionen. Dieses Geld soll und muß dem Lande erhalten bleiben. Um mit beizutragen, dieses zu erreichen, veranstaltet der Kaninchenzüchterverein nächsten Sonnabend und Sonntag im Gasthaus zum Herrnhäuser eine Kaninchenausstellung, um die der Kaninchenzüchter noch fernstehenden immer wieder auf den wirtschaftlichen Wert derselben aufmerksam zu machen. Ist doch in der Kaninchenzüchtung durch rastlosen Fleiß der Rassezüchter jeder Geschmacksrichtung Rechnung getragen. Das tiefe glänzende Schwarz der Maska, das reine tiefe Blau der Blauen Wiener, das herrliche Rassebraun der Havana, das glänzende mit gelbroten Stäbchen durchsetzte Schwarz der Schwarzkohlaninchen und das schneeweiße Weiß der Weißen Rieseln, Weiße Wiener, Hermelin und Angora geben herrlichen Pelzjachen in Naturfarbe. Wundervolle Decken, Vorlagen und Teppiche liefern die Riesenscheden, Rheinische Scheden, Japaner und Holländer. Mit 190 Nummern tritt der Verein an die Öffentlichkeit. Ein Besuch der Ausstellung lohnt sich daher sehr, zumal der Verein keine Unkosten gescheut hat, um ein farbenprächtiges Bild vor Augen zu führen.

(Der kürzeste Tag) in diesem Kalenderjahre ist der 22. Dezember, wo die Sonne in das Zeichen des Steinbocks tritt. Die Sonne geht dann 8 Uhr 12 Minuten auf und um 3 Uhr 46 Minuten wieder unter.

(Wetterlage.) Das Hochdruckgebiet im Osten bis Norden ist südwärts verschoben und über-

